Antrag V04: Unsere Städte, unsere Dörfer: Starke Kommunen für eine progressive Zukunft

Laufende Nummer: 28

Antragsteller*in:	Tim Dollnik
Status:	angenommen
Verfahrensvorschlag:	Abstimmung
Tagesordnungspunkt:	V - TOP 14 – Verschiedene Anträge
Antrag V04 Abstimmung	Ja: Mehrheit

Seit den Kommunalwahlen in Berlin und Niedersachsen konnten wir als Grüne Jugend in Berlin und Niedersachsen viele laute, progressive Stimmen in die Bezirksverordnetenversammlungen, Kreistage, Gemeinde- und Stadträte bringen. Wir wollen damit nicht nur nächstes Jahr in Bremen, sondern auch darüber hinaus in den Kommunen eine Brücke zwischen Parlamenten und Ratshäusern sowie dem Aktivismus auf der Straße bauen. Dafür stärken wir unsere jungen Mandatsträger*innen in allen Kommunalparlamenten.

Die kommunale Ebene geht in politischen Debatten oft unter. Dabei ist sie genau der Ort, an dem Menschen direkt und unmittelbar mit Politik in Berührung kommen und von ihr betroffen sind: Wie oft fährt der Bus in meinem Dorf? Gibt es an meiner Schule eine Sozialarbeiterin? Wie wird die wichtige Frischluftschneise auch durch den Neubaukomplex erhalten bleiben? Diese Fragen werden in den Kommunalparlamenten verhandelt und entschieden und sind für junge Menschen oftmals besonders relevant. Dabei zeigen Studien, dass Menschen Demokratie vor allen Dingen vor Ort, in ihrer Gemeinde oder Stadt, erleben und gleichermaßen auch Vertrauen in sie gewinnen und verlieren können.

Deshalb ist es wichtig, mit einer starken, jungen und progressiven Stimmen in den Kommunalparlamenten präsent zu sein. Denn hier werden die Gesetze von Bund und Ländern Realität. Deswegen beginnt die Arbeit gegen Rechts vor Ort in den Kommunalparlamenten, indem man verhindert, dass beispielsweise öffentliche Gelder an faschistische Vereine fließen. Und auch der Verwirklichung einer besseren Gesellschaft kann man hier näher kommen, indem man beispielsweise Housing-First-Projekte anstößt. Kurz: Die politische Arbeit findet direkt vor den Augen der Menschen statt, dort, wo sie wohnen, arbeiten und leben.

Vielfalt statt Einheitsbrei: Junge Stimmen in die Räte!

Bundesweit engagieren sich mehr als 200.000 Menschen kommunalpolitisch im Gemeinde- oder Stadtrat, Kreistag oder einer Bezirksvertretung. Die durchschnittliche Kommunalpolitikerin ist 51 Jahre alt, heterosexuell, christlich oder konfessionslos und lebt ohne körperliche Beeinträchtigung und/oder psychische Erkrankung. Nur 30 % der Kommunalpolitikerinnen sind FLINTA*, nur 13 % haben eine Migrationsgeschichte, aber 69 % verfügen über einen akademischen Abschluss. Da ist es nicht verwunderlich, dass die Anliegen und Probleme junger und marginalisierter Gruppen häufig zu kurz kommen.

Das zeigt klar: Wir brauchen mehr Vielfalt in den kommunalen Parlamenten, um die Realität junger Menschen in Deutschland abzubilden. Deswegen unterstützen wir junge Menschen, insbesondere FLINTA* und migrantisierte Personen, dabei, sich für kommunale Ämter und Mandate zu bewerben, und fördern sie als Verband hierbei bestmöglich. Erste wichtige Schritte sind wir dabei auf dem ersten Länderrat 2025 gegangen. Dort beschlossen wir, den kommunalpolitischen Themen mehr Raum in unserer Bildungsarbeit zu geben. Ebenso wollen wir die inhaltliche Bildungsarbeit vermehrt auf die Übertragbarkeit auf die kommunalpolitische Arbeit vor Ort ausrichten. Diesen Beschluss bekräftigen wir und führen ihn fort.

Denn es sind unsere GJ-Kommunalis, deren Praxis unsere Utopien vor Ort Realität werden lässt. Die Kommunalparlamente stellen dabei nicht nur einen Ort für die Umsetzung politischer Forderungen dar, sondern sind auch ein Raum, um unseren politischen Nachwuchs zu fördern und auszubilden. Hier lässt sich die aktivistisch-politische Praxis fernab vom ganz großen Rampenlicht lernen und anwenden. Das bedeutet, dass es vor Ort besser möglich sein kann, breite Bündnisse zwischen der Straße, Vereinen, Organisationen und Politik zu bauen.

Hierfür nehmen wir die Mutterpartei in die Pflicht: Wir als GJ wollen bei den Grünen die Listen für die Wahlen in Bezug auf Alter, Geschlecht sowie Flucht- und wirtschaftlichen Hintergrund diverser machen. Wir haben das Recht und den Anspruch, als junge Menschen, unabhängig von Herkunft und Klassenzugehörigkeit, unterstützt, gehört und in die Parlamente gebracht zu werden. Und das setzen wir durch: Wir bilden Banden in der Grünen Jugend und erinnern die Altgrünen damit an ihren Anspruch, die einzige Partei zu sein, die junge Menschen nach vorne stellt und ihnen politische Partizipation in einem Mandat ermöglicht. Als Jugendverband empowern wir uns gegenseitig und unterstützen uns darin, der emanzipatorische Stachel in der Partei zu sein. Denn für uns ist die Jugend eine wichtige Perspektive: Wir müssen nicht „erst einmal alles lernen“. Wir sind laut, wir benennen es, wenn marginalisierte Gruppen wie junge Menschen unter solchen Vorwänden aus wichtigen Entscheidungen herausgehalten werden, ihre Themen nicht auf die Tagesordnung kommen und ihre Reden abgetan werden – wir holen uns unsere Mitsprache!

Bereits Jugendparlamente ermöglichen jungen Menschen, früh politische Selbstwirksamkeit zu erfahren und die Abläufe in und vor den Plenarsälen zu durchschauen. Wir fordern eine breitere Einberufung von Jugendparlamenten, etwa durch ihre Einbindung in die Ausschussarbeit, in allen Kommunen sowie ihre Verankerung im Kommunalrecht. Denn Beteiligung ist ein Muss.

Viele beginnen sich bereits in ihrer Schulzeit zu politisieren. Daher soll die Zusammenarbeit zwischen Jugendparlamenten und der Schülerinnenmitverwaltung an Schulen verstärkt werden, damit diejenigen, die sich in ihrer Schule schon einsetzen, dieses Engagement auch ins Jugendparlament tragen können. Oftmals sind Jugendparlamente wenig zugänglich für Menschen aus weniger privilegierten Klassen. Daher wollen wir SMVen, gerade an Mittel- und Realschulen, stärker an die Jugendparlamente anbinden. So stellen wir sicher, dass Schülerinnen aller sozialen Klassen und Schultypen gleichermaßen Zugang zu Jugendparlamenten finden und nicht nur diejenigen, die aus einem bereits politisch geprägten Elternhaus stammen. Das stellt

sicher, dass alle Perspektiven in Jugendparlamenten vertreten werden.

Kommunalpolitikerinnen haben häufig Zugriff auf große Netzwerke vor Ort. Zusätzlich verfügen Kommunalpolitikerinnen über wertvolles Wissen zu sozialen Bedarfen und Strukturen vor Ort. Sie wissen genau, wo es Unterstützung für queere Jugendliche, Nachhilfeangebote oder Mietberatungen braucht. Nur im Doppelgespann – mit unseren Bündnispartner*innen auf der Straße und mit starken progressiven Stimmen in den Stadt- und Gemeinderäten – können wir direkt vor der Haustür ein gerechteres Dorf, eine gerechtere Stadt, ein gerechteres Land und damit eine gerechtere Zukunft gestalten.

Umverteilung jetzt! – Handlungsfähigkeit der Kommunen sichern

Wenn junge Menschen vor Ort erfahren, dass ihre Stimme etwas verändern kann, dann stärkt das Vertrauen in die Demokratie, weil es zeigt, dass eine bessere Zukunft möglich ist. Starke Kommunen sind somit ein Mittel für mehr Teilhabe und gegen den Rechtsruck. Dafür braucht es handlungsfähige Kommunen, die nicht kaputtgespart, sondern gut finanziert werden. Denn Jugendarbeit und Frauenhäuser sind kein „Nice-to-have“. Wenn eine FLINTA*-Person von ihrem Partner Gewalt erfährt, muss sie in ihrer Umgebung einen Rückzugsort vorfinden können. Sozial- und Jugendarbeit bieten Perspektiven, führen in die Demokratie ein, schaffen Vertrauen und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dennoch gelten beide Bereiche für Kommunen als „freiwillige Aufgaben“. Das bedeutet: Sie bekommen vom Bund keine finanziellen Mittel für deren Umsetzung. Gleichzeitig hat der Bund immer mehr Pflichtaufgaben an die Kommunen verlagert und dabei die Finanzierung nicht ausreichend angepasst. Dieser Sparzwang hat die Möglichkeiten der Kommunalpolitik in den letzten Jahren enorm verringert. Das geht nicht: Wenn immer mehr Aufgaben an die Kommunen abgegeben werden sollen, dann muss es dafür auch die entsprechenden Mittel geben. Die Länder und der Bund unterstützen die Kommunen bei der Finanzierung der meisten Pflichtaufgaben nicht ausreichend, was Kommunen in die Überschuldung treibt. Deswegen sehen wir es als wichtiges Anliegen unserer landes- und bundespolitischen Arbeit als GRÜNE JUGEND an, Kommunen zu stärken – finanziell und strukturell. Gemeinsam mit unseren kommunalen Mandatsträger*innen wollen wir in Zukunft noch deutlicher für mehr Geld und mehr Handlungsspielraum in den Kommunen einstehen.

Ein besonderes Problem sind dabei die kommunalen Altschulden. Viele Städte und Gemeinden – insbesondere in NRW und Rheinland-Pfalz – leiden unter den Folgen von Mehrausgaben von vor über 10 oder 20 Jahren. Zinsen und Rückzahlungen fressen dort fast alle freien Mittel auf. Das führt dazu, dass Buslinien eingestellt, Freizeiteinrichtungen geschlossen und Schulen sowie Infrastruktur vernachlässigt werden. Wir setzen uns deshalb für eine Altschuldenlösung ein, damit diese Kommunen wieder finanzielle Luft für Zukunftsprojekte vor Ort haben.

Kommunales Engagement erleichtern – Strukturen ändern

Um eine größere Vielfalt an Menschen für stachelig-grüne Politik vor Ort zu gewinnen und ihnen die politische Arbeit langfristig zu ermöglichen, müssen die

Rahmenbedingungen dringend verbessert werden. Engagement zehrt an den Nerven, rechte Hetze macht es gefährlich und häufig kommen auch noch Kosten und viel Zeit hinzu. Noch immer hängt zu viel vom individuellen Durchhaltevermögen und den persönlichen Ressourcen ab. Wir wollen, dass es strukturell einfacher wird, sich kommunalpolitisch einzubringen – unabhängig vom Einkommen, von Care-Aufgaben oder der Herkunft.

Politisches Engagement braucht familienfreundliche Tagungszeiten, die auch mit dem Alltag an der Uni und in der Ausbildung vereinbar sind, sowie geringe Fahrtkosten und kurze Fahrzeiten. Ein zentraler Baustein ist die Digitalisierung. Viele Sitzungen finden noch immer ausschließlich in Präsenz und oft zu späten Uhrzeiten statt. Das ist schwierig für Menschen, die nur schwer mobil sein können, vielleicht weil sie arbeiten müssen, auf dem Land keinen Führerschein haben, Care-Arbeit leisten oder noch minderjährig sind. Digitale und hybride Formate können ihnen die Teilnahme erleichtern. Während einige Bundesländer hybride oder vollständig digitale Sitzungen erlauben, setzen andere weiterhin auf Präsenzsitzungen und damit teilweise auf Anfahrtswege von über einer Stunde. Das ist gerade für junge Menschen und besonders auf dem Land herausfordernd: Lange Anreisen und unzuverlässige öffentliche Verkehrsmittel machen es schwer, bei Sitzungen dabei zu sein, gerade ohne eigenes Auto. Auch sind immer noch zu wenige Sitzungsorte barrierefrei, was es für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen noch schwieriger macht. Wir setzen uns deshalb für eine konsequente Öffnung hin zu digitalen und barrierefreien Beteiligungsmöglichkeiten sowie flexiblen Sitzungszeiten ein.

Auch die Frage der Kinderbetreuung ist entscheidend. Kommunalpolitik darf nicht vom Familienstand oder der Betreuungssituation abhängen. Deshalb fordern wir, dass Kommunen eine verlässliche Kinderbetreuung für Rats- und Ausschusssitzungen bereitstellen und dies durch entsprechende Landesregelungen ermöglicht wird. So verhindern wir, dass insbesondere junge FLINTA*-Personen von politischem Engagement ausgeschlossen werden, und ermöglichen jungen Vätern mit Mandat, weiterhin ihren Anteil an der Care-Arbeit zu leisten.

Kommunalpolitik ist ein Ehrenamt. Doch sich kommunalpolitisch zu engagieren, muss man sich leisten können. Denn es ist keine Seltenheit, dass mit Fraktions-, Ausschuss- und Gremiensitzungen, dazu Vor- und Nachbereitung, Bürgerinnengesprächen und dem Austausch mit Bündnispartnerinnen, Institutionen und sozialen Trägerinnen gut und gerne 20 Stunden pro Woche zusammenkommen. Dieses Pensum muss oft zusätzlich zu Erwerbs- und Care-Arbeit aufgewendet werden. Im Studium führt das dazu, dass man zwischen Nebenjob, politischer Arbeit und Studium aufgerieben werden kann. Für Azubis und Arbeitende mit einer 40-Stunden-Woche ist Kommunalpolitik kaum mit ihrer Arbeit vereinbar. Das drängt sie aus den Parlamenten und lässt Berufseinsteigerinnen schlechtere Chancen im Berufsleben befürchten. Gerade für Menschen mit generell strukturell bedingten geringeren Aufstiegschancen, wie FLINTAs und Menschen mit Migrationsgeschichte, kann dieses Problem entscheidend werden. Wir wollen aber, dass sich niemand zwischen Chancen und Engagement entscheiden muss.

Aus diesem Grund muss ein kommunales Mandat besser entschädigt werden, damit sich auch Schülerinnen, Studentinnen, Menschen in Jobs mit prekärer Bezahlung, viele Alleinerziehende und diejenigen, die am Ende des Monats überlegen müssen, wie sie

über die Runden kommen, engagieren können. Denn es sind gerade diese marginalisierten Stimmen, die zu häufig übergangen werden. Wir stehen an ihrer Seite und machen ihre Stimmen laut.

Nicht zuletzt braucht es einen wirksamen Schutz vor Hass und Hetze. Wer sich vor Ort für eine gerechte und solidarische Gesellschaft einsetzt, wird immer häufiger zur Zielscheibe rechter Angriffe. Bedrohungen und Beleidigungen dürfen nicht länger als Kavaliersdelikt behandelt werden, sondern müssen konsequent verfolgt werden. Dies gilt vor allem für Hass und Hetze im Netz und auf Social-Media-Kanälen. Es kann und darf nicht sein, dass im digitalen Bereich eine andere Strafverfolgung besteht als im analogen. Plattformen müssen endlich in die Verantwortung genommen werden, wirksam und nachhaltig gegen Hass im Netz vorzugehen.

Gleichzeitig braucht es auch eine bessere Unterstützung für betroffene Kommunalpolitiker*innen – durch Beratungsangebote, rechtlichen Beistand und klare politische Rückendeckung. Aus diesem Grund muss auch die Beratungsstelle „Starke Stelle“ – ein Vorzeigeprojekt in diesem Bereich – weiterhin mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Denn Kommunalpolitik lebt davon, dass Menschen sich einbringen, streiten und gestalten können – ohne Angst, ohne strukturelle Hürden und ohne ökonomischen Druck. Nur so schaffen wir es, dass auch auf der lokalen Ebene eine vielfältige, junge, emanzipatorische Stimme hörbar bleibt.

Für Veränderung von unten – so machen wir uns stark

Als Grüne Jugend glauben wir, dass sich junge Menschen nicht erst beweisen müssen, bevor man ihnen Verantwortung geben kann. Daher unterstützen wir junge kommunale Mandatsträgerinnen und beziehen ihre Perspektiven in die eigene Meinungsbildung ein. Dafür wollen wir innerhalb unseres Verbandes eigene Austauschforen schaffen, bei denen sich junge Mandatsträgerinnen vernetzen, Wissen und Ideen für grünere Kommunen austauschen und Solidarität leben können.

Wir ermutigen alle anti-autoritären und emanzipatorischen Stimmen, die Welt vor ihrer Haustür zu verbessern. Wir unterstützen uns dabei mit verschiedensten Bildungsangeboten, um uns auf die politischen und persönlichen Herausforderungen in Kommunalparlamenten vorzubereiten. Wie funktionieren Stadt- und Gemeinderäte und wie kann ich darin wirklich etwas verändern? Wie gehe ich mit rechter Hetze und Konflikten um? Wie baue ich Bündnisse mit Vereinen, NGOs und Protestgruppen auf? Was sind die wichtigsten rechtlichen Regeln?

Ein Mentoring zwischen frisch gewählten und erfahrenen kommunalen Mandatsträger*innen könnte eine gute Brücke sein, um diese Fragen zu beantworten. Eine solche Bezugsperson kann vielen Menschen die Hemmung nehmen, für ein Mandat zu kandidieren.

Denn die Kommune ist der Ort, an dem wir gemeinsam beweisen können, dass eine gerechtere Welt kein Zukunftsversprechen bleiben muss, sondern schon heute vor der eigenen Haustür beginnt. Wir überlassen die Räte, Kreistage und Bezirksvertretungen nicht denen, die Angst vor Veränderung haben – wir erobern sie zurück, mit lauten, jungen, progressiven Stimmen. Gemeinsam machen wir aus 11.000 Kommunen 11.000 Orte des Aufbruchs.

Begründung

Auf dem Länderrat 2025 wurde bereits ein zentraler Antrag zur kommunalpolitischen Arbeit der GRÜNEN JUGEND beschlossen (https://bv.antrag.gruene-jugend.de/1lr25/kommunalwahlen-sind-kampagnenzeiten-mit-gemeinsamer-strategie-fur-lin-13825). Mit diesem Antrag haben wir den Grundstein für eine gemeinsame Strategie in Kommunalwahlkämpfen gelegt.

Dieser Antrag versteht sich als inhaltliche Ergänzung. Während wir uns im genannten Beschluss vor allem auf organisatorische Fragen und strategische Grundlagen konzentriert haben, sollen hier konkrete kommunalpolitische Positionen formuliert werden. Ziel ist es, den Anspruch einer starken, grünen und linken Kommunalpolitik mit klaren Forderungen zu unterfüttern.